

# Geschürte Feindbilder - entgrenzte Zorneswut

## Kulturkrieger sufischer Prophetenliebe

Thomas K. Gugler

**Der Pakistaner, der Ende September 2020 in der Nähe des ehemaligen Redaktionssitzes von Charlie Hebdo in Paris zwei Menschen schwer verletzte, verstand sich als Aktivist der islamischen Missionsbewegung *Dawat-e Islami*. Nachfolgend eine Chronik eines islampolitischen Kulturkrieges, der aus bestehenden mentalen Tiefenstrukturen schöpft und der gewaltförmigen Konfliktaustragung die Hand reicht. Unbeschadet der notwendigen Differenzierungen: So werden Feindbilder „gepflegt“.**

Zehntausende demonstrieren am 4. September in Pakistan gegen den Nachdruck der Muhammad-Karikaturen in Frankreich. Sie forderten die Ermordung der Zeichner und den Boykott französischer Produkte. Organisiert wurden die Proteste von der radikalislamischen *Barelwi*-Partei *Tabrik-e Labbaik Pakistan* (TLP). Pakistans Außenminister Shah Mahmood Qureshi berief Frankreichs Botschafter ein und protestierte gegen „illegale und islamophobe Hassverbrechen“. Premier Imran Khan verurteilte die Veröffentlichung vor der UN-Vollversammlung am 25. September als Beleidigung und rief zu einem weltweit koordinierten Vorgehen gegen islamophobe Hassverbrechen im Namen der Redefreiheit auf.

Am selben Tag griff der polizeilich unbekannt 25-jährige Pakistaner Zaher Hassan Mehmood, der sich als 18-jähriger Ali Hassan in Europa registrieren ließ, vier Menschen in der Nähe des ehemaligen Redaktionssitzes von Charlie Hebdo mit einem Hackmesser an und verletzte zwei von ihnen schwer. In seiner auf Twitter verbreiteten Ankündigung des Anschlags berief sich Zaher auf seinen spirituellen Meister Ilyas Qadri, Führer der weltweit aktiven *Barelwi*-Bewegung *Dawat-e Islami*. Er erklärte seinen Anschlag

als Akt des Widerstandes gegen Charlie Hebdo.

Konfessionell identifizierte sich Zaher als *Barelwi* und Aktivist der *Dawat-e Islami*, radikalisiert wurde er durch die TLP. Sein Vater zeigte sich im pakistanischen Fernsehen glücklich und stolz auf seinen Sohn als Verteidiger der Prophetenehre. Von seinen fünf Söhnen sind drei in Europa - zwei in Frankreich, einer in Italien - erklärte er, dann skandierte er Prophetenlob: „In der Sklavenschaft zum Gesandten akzeptiere ich den Tod“ (*Ghulamuya Rasul mai maut bhi qabul hai*). Auch Amir Cheema, der am 20. März 2006 die Berliner Zentrale des Axel Springer Verlags betrat, um Roger Köppel wegen des Nachdrucks der Muhammad-Karikaturen zu ermorden, war *Barelwi* und wird in Pakistan als Held verehrt.<sup>1</sup>

### Praktizierte Prophetenliebe

Die große Mehrheit der Muslime Südasiens sind *Barelwis*. *Barelwis* sind Sunniten, folgen der hanafitischen Rechtsschule und stehen für einen sufinahen Volksislam, in dessen Zentrum eine emotionale Muhammad-Verehrung rückt, die zum islamischen Glaubensbeweis stilisiert wird: „Ohne Liebe zum Propheten sind alle Glaubenskenntnisse bedeutungslos“ schreibt Ahmad Raza Khan (1856-1921),

Begründer der *Barelwis*. Oder: „Wer jemanden mehr liebt als den Propheten, ist kein Muslim. Wer das bezweifelt, ist ein Feind des Islam.“<sup>2</sup> Klingt radikal, ist allerdings nicht mit einem systematischen Tötungsauftrag für Islamfeinde verbunden. *Barelwis* unterstützen die Verfolgung religiöser Minderheiten nicht, mit Ausnahme der *Ahmadis*. *Barelwis* sind friedfertig in dem Sinne, dass sie keine jihadistischen Milizen unterhalten, aber kompromisslos beispielsweise in ihrer Forderung an den Staat sind, die Todesstrafe für prophetenkritische Facebook-Kommentare konsequenter umzusetzen.<sup>3</sup>

Die gegenwärtig bedeutendste Bewegung der *Barelwis* ist die islamische Missionsbewegung *Dawat-e Islami*, die 1981 unter Führung Ilyas Qadris (geb. 1950) in Karatschi entstand. In der Tat bildet das Missionsmotiv – und eben nicht der militante Jihad – das Rückgrat gegenwärtiger muslimischer Islampolitik.<sup>4</sup> Ihre Laienprediger sind auch in Europa aktiv, wollen sich allerdings aus strategischen Gründen als apolitisch verstanden wissen. An Aufrufen zu Gewaltaktionen beteiligt sich die *Dawat-e Islami* nicht – aber sie verurteilt diese auch nicht. Doppelmitgliedschaften mit weniger apolitischen *Barelwi*-Organisationen werden ausdrücklich toleriert, teilweise werden sie empfohlen.



Demonstration 2018 in Lahore anlässlich des Geburtstags des Propheten

Bild: privat

Hochpolitisch hingegen ist der Ansatz der sufi-islamistischen Partei TLP, mit deren Anhängerschaft es zur *Dawat-e Islami* deutliche Überschneidungen gibt. Auf YouTube predigt ihr Anführer Khadim Hussain Rizwi (geb. 1966): „Kein wahrer Sufi kann einen Feind des Islam auf Erden tolerieren. Ein wahrer Sufi predigt weder Frieden, noch dient er dem Westen.“ An anderer Stelle: „Es gibt keinen moderaten Islam ohne Jihad.“ Persönlich wird Rizwi vor allem gegenüber moderaten *Barelwis* wie den Anhängern des Dr. Tahir ul-Qadri (geb. 1951), Anführer der *Barelwi*-Organisation *Minhaj ul-Quran*, die in vielen Ländern in einem direkten Konkurrenzverhältnis zur *Dawat-e Islami* steht: „Oh du kanadischer Zuhälter, du Schwein, du Pfaffe, wahrlich, du bist der Scheich Satans! Dein Leben lang hast du mit dem Namen des Propheten Geld geschneidelt und jetzt in der Zeit der Krise desertierst du und verbündest dich mit den Christen!“ Das Attraktionspotenzial der TLP liegt im Gewaltausgang, der mit ihren Massenprotesten meist einhergeht. Rizwi, seit einem Autounfall 2006 an einen Rollstuhl gefesselt, ist ein hochcharismatischer Scharfmacher. Die Politisierung der Prophetenliebe mobilisiert *Barelwis* so ungemein effektiv, weil diese Emotion den Mittelpunkt ihrer Theologie bildet.

### Blasphemie und Prophetenehre

Die TLP ist die erste islamistische Partei der *Barelwis*. Sie wird im Mai 2017 vom Prediger Rizwi registriert, als politischer Flügel der TLYP (Bewegung der Diener des Gottesgesandten). Die TLYP wiederum ist die Fortsetzung der Bewegung zur Befreiung von Mumtaz Qadris. Mumtaz Qadri, ebenfalls *Barelwi* und *Dawat-e Islami*-Aktivist, ermordete am 4. Januar 2011 Salman Taseer, damals Gouverneur Pandschabs, mit 28 Schüssen in den Rücken, nachdem der Politiker das Blasphemiegesetz „reformierbar“ nannte. Mumtaz Qadri wurde zum Tode verurteilt und im Februar 2016 gehängt. Für *Barelwis* war seine Verurteilung ein Affront, da er ihrer Meinung nach lediglich das Gesetz in die eigene Hand nahm. Jegliche Beleidigung des Blasphemiegesetzes, das die Schmähung des Propheten mit der Todesstrafe belegt, ist für sie *eo ipso* ebenfalls blasphemisch. Der nächste Affront war die Aufhebung des Urteils über die christliche Erntehelferin Asia Bibi, die 2010 wegen mutmaßlicher Blasphemie zum Tode verurteilt worden war, im Oktober 2018: „Nach der Scharia müssen die drei Richter getötet werden“, kommentierte Rizwi trocken.

Das Blasphemiegesetz im engeren Sinne, Artikel 295-C des pakistanischen Strafgesetzes, bestraft jegliche Herabwürdigung des Propheten Muhammad mit der Todesstrafe („oder lebenslanger Haft“ bis 1991). Es wurde 1986 von Militärdiktator Zia ul-Haq (regierte 1977-1988) im Rahmen seiner Islamisierungspolitik eingeführt. Zia befand sich damals in einem Überbietungswettbewerb um die Islamische Revolution mit seinem iranischen Nachbarn Khomeini. Im Oktober 1990 urteilte Pakistans Scharia-Bundesgerichtshof, dass allein die Todesstrafe die angemessene Folge einer Herabwürdigung des Propheten sein kann. Seit Mai 1991 ist die Mindeststrafe für Prophetenschmähung in Pakistan der Tod, zusätzlich kann noch eine Geldstrafe verhängt werden.

Erst jetzt wird das Gesetz gesellschaftlich attraktiv, um sich derjenigen Widersacher zu entledigen, die scheinbar weniger muslimisch sind. Dass das Gesetz überwiegend missbräuchlich, beispielsweise bei Nachbarschaftsstreitigkeiten und gegen religiöse Minderheiten (insbesondere Christen) Anwendung findet, ist eine Binsen-

wahrheit, die selbst in Pakistan bedauert wird. Dennoch scheiterten bislang alle Reformversuche am mörderischen Widerstand der Prophetenliebhaber. Seit zwanzig Jahren bewirbt Pakistan landestypische Ideen zur Kriminalisierung von Religionsdiffamierung auch international in diversen UN-Kommissionen. Mittlerweile geschieht dies im Namen des Krieges gegen Islamophobie – nach pakistanischem Verständnis ein Weltkrieg.

Imran Khan profiliert sich regelmäßig als Kämpfer gegen islamophoben Redefreiheitsterrorismus in westlichen Gesellschaften. Vor einem Jahr warb er vor der UN-Vollversammlung für ein Islamverleugnungsverbot nach dem Vorbild europäischer Gesetze gegen Holocaustleugnung: „In westlichen Gesellschaften wird, völlig zu Recht, der Holocaust als sensibles Thema betrachtet, weil er die Gefühle der jüdischen Gemeinde verletzt. Dasselbe fordern wir auch! Redefreiheit darf nicht benutzt werden, um die Gefühle der Muslime zu verletzen und den Propheten zu beleidigen. Nur das wollen wir.“

Der Gedanke eines Rechtsschutzes für Religionslehren und der narrativen Figuren frommer Schriften gegen Zweifel an ihrer Reputation ist mit der Idee der Religionsfreiheit als Menschenrecht schlichtweg unvereinbar. Als solches schützt Religionsfreiheit religiöse wie nichtreligiöse Menschen. Literarische Fabelwesen, fiktionale Divinal-Akteure oder Glaubensinhalte genießen keinen Rechtsschutz. „Religionsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, dass Religion von Kritik oder Spott verschont wird“,<sup>5</sup> betonte die pakistanische Menschenrechtsaktivistin Asma Jahangir (1952-2018) als UN-Sonderberichterstatterin für Religions- und Weltanschauungsfragen während des Höhepunkts der Krise nach der dänischen Erstveröffentlichung der Muḥammad-Skizzen. Auf den Tag genau 229 Jahre vor Zahers Anschlag, mit der Einführung des Strafgesetzbuches am 25. September

1791, schaffte Frankreich den Tatbestand der Blasphemie als „imaginäres Verbrechen“ ab.

### **Das Empörium schlägt zurück: Entfaltung zum Kulturkrieg**

Nach der Enthauptung des 47-jährigen Lehrers Samuel Paty am 16. Oktober durch einen 18-jährigen russischen Islamisten tschetschenischer Herkunft verteidigte Macron die Pressefreiheit in einer Rede, die von Hardlinern in Pakistan als Angriff gegen den Islam umgedeutet wurde. Premier Imran Khan beschuldigte Macron, zu islamophoben Verbrechen aufzurufen:

„Es ist bedauerlich, dass Präsident Macron sich entschied, Islamophobie zu fördern, indem er den Islam angreift und nicht die Terroristen, die Gewalt ausüben, seien es Muslime, weiße Suprematisten oder Nazi-Ideologen. Leider hat Präsident Macron beschlossen, Muslime, einschließlich seiner eigenen Bürger, absichtlich zu provozieren durch die Förderung der Ausstellung blasphemischer Karikaturen, die auf den Islam und unseren Propheten abzielen. Durch den Angriff auf den Islam, ohne ein Verständnis dafür zu haben, hat Präsident Macron die Gefühle von Millionen von Muslimen in Europa und auf der ganzen Welt angegriffen und verletzt.“ (Imran Khan am 25. Oktober auf Twitter)

Am selben Tag veröffentlichte Imran Khan einen Brief an Facebook-Chef Zuckerberg, in dem er – wieder mit Verweis auf die Regeln für Holocaustleugnung und mutmaßlicher Pogrome gegen Muslime heutzutage – auf die vollständige Löschung sämtlicher islamkritischer Bemerkungen pocht.

Die TLP forderte, sämtliche Beziehungen zu Frankreich zu beenden: Abzug des pakistanischen Botschafters aus Paris, Ausweisung des französischen Botschafters (binnen drei Monaten) und langfristig einen Boykott französischer Produkte. Die Innen- und Religionsminister sollen einer

Vereinbarung darüber zugestimmt haben. Zuvor, am 24. Oktober, forderte Rizwi auch den Einsatz der Atomwaffen im Jihad gegen Frankreich.

Am 27. Oktober billigte das Parlament die TLP-Forderungen zum Teil und beschloss den diplomatischen Warnschuss: Pakistans Botschafter soll aus Frankreich abgezogen werden. Erst am Tag darauf wird bekannt, dass Pakistan gegenwärtig keinen Botschafter in Frankreich hat. Dieser verließ das Land bereits vor drei Monaten, um seine neue Stellung in China anzutreten. Seine Stelle ist seitdem aufgrund von Versäumnissen im pakistanischen Außenministerium vakant.

Am 29. Oktober folgte die Ermordung dreier Kirchenbesucher in Nizza durch einen 21-jährigen Tunesier, woraufhin Frankreich um die Eingrenzung des islamistischen Terrorismus bemüht ist, der am 2. November auch in Wien wütete. In Dresden attackierte ein IS-Aktivist, der als syrischer Flüchtling nach Deutschland kam, bereits am 4. Oktober ein homosexuelles Paar und tötete einen der beiden.

Pakistans Menschenrechtsministerin Shireen Mazari kritisierte Macrons zweite Rede auf Twitter scharf: „Was Macron den Muslimen antut, ist das selbe, was die Nazis den Juden antaten“ – ein Tweet, der von Twitter als Falschnachricht markiert wurde. Shireen Mazari verhöhnte die Markierung zunächst, löschte ihren Tweet mittlerweile aber. Die Verbissenheit, mit der die Akteure des politischen Islam einerseits jeglichen Zweifel an religiösen Gestalten und Lehren des Islam und andererseits jegliche Kritik an den Enthauptungen Unschuldiger durch Terroristen als islamophob-rassistische Nazi-Ideologie kritisieren, demonstriert den Unwillen zum Dialog. Einem deutschen Außenminister sollte zu den verbalen Dauerentgleisungen aus den drei Ländern, die den politischen Islam aggressiv verbreiten, auch die eine oder andere Richtigstellung einfallen. Die identitäre Ideologie

des politischen Islam ertönt aktuell vor allem aus Ankara, Islamabad und Teheran, nachdem sich die Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens auf eine Liberalisierungspolitik im Sinne einer De-Islamisierung und Normalisierung mit Israel verständigten.

### Populismus der Beleidigten: Moderater wird's nicht

TLP-Anführer Khadim Hussain Rizwi, Pakistans lautester Blasphemie-Politiker, verstarb am 19. November 2020 in Lahore im Alter von 54 Jahren mit Symptomen einer Covid-19-Erkrankung. Neuer Parteiführer wurde sein Sohn Saad Hussain Rizwi. Auch Pir Afzal Qadri erhebt Anspruch auf den Vorsitz und kritisiert Vetternwirtschaft scharf – aktuell droht der Partei entweder die Spaltung oder ein Überbietungswettkampf um die populistische Agenda. Wer erleichtert meinte, mit Khadim Rizwis Ableben sei der ausufernde Wahn um Anschuldigungen wegen mutmaßlicher Prophetenbeleidigungen beendet, irrt also. Beendet ist lediglich die Möglichkeit der Regierung, die Debatte zu personalisieren und die TLP mit Teilkompromissen zu beruhigen und damit zu kontrollieren. Die neuen TLP-Flügel werden die rasende Glaubenswut der Zornigen und Armen Pakistans, die in Krisenzeiten ohnehin Hochkonjunktur hat, weiter entfachen, noch hemmungsloser ausbeuten und auf das europäische Ausland umlenken. Die Krise der populistischen Politisierung der Prophetenliebe ist nicht vorbei, ihre Entgrenzung beginnt erst.

### Eine Frage der Ehre

Ein Boykott französischer Produkte wäre für Pakistan wenig vorteilhaft. Neun Prozent der EU-Importe Pakistans kommen aus Frankreich, überwiegend Medikamente und Pharmaprodukte. Aber auch kritisches Militärgerät wie 150 Mirage Kampffjets (Mirage III und Mirage 5, von denen aktuell etwa die Hälfte einsatzfähig ist), Alouette III Helikopter, Minen-

jagdboote und drei U-Boote der Agosta-90B-Klasse. Frankreich hat Ende November eine Anfrage des pakistanischen Militärs zur Aktualisierung der Kampffjets negativ beschieden. Frankreich wies auch Katar an, keine Techniker pakistanischer Herkunft an Wartungsarbeiten an französischen Kampffjets zu beteiligen. Eine weitere pakistanische Anfrage nach einer Aufrüstung der drei U-Boote mit luftunabhängigem Antrieb hat Frankreich ebenfalls abgelehnt.

Wenn es um Missverständnisse bezüglich der französischen Politik ginge, könnte man diese durch einen diplomatischen Dialog richtigstellen und rhetorisch abrüsten. Aber um Frankreichs Islampolitik geht es nur am Rande. Gegenüber der Volksrepublik China würden pakistanische Politiker vergleichbare Verbalattacken nicht wagen. Im Übrigen passen solche Äußerungen auch nicht zur Behandlung religiöser Minderheiten in Pakistan, wo die systematische Diskriminierung von Aḥmadis und Nichtmuslimen in der Verfassung verankert ist.

Für Pakistan geht es vielmehr um den Anspruch, als Schutzmacht der Muslime weltweit aufzutreten. Khan und Erdoğan überbieten sich gegenseitig, sich als Vertreter der Umma zu inszenieren, seitdem die Saudis ihre internationale Islampolitik zurückfahren. Islamabad aggressives Verhalten gegen Europa ist rational schwer zugänglich und scheint auch einer irrationalen Abneigung geschuldet, die an Pakistans Tradition des Antiamerikanismus erinnert. Am 26. November 2011 schloss Pakistan die Versorgungsrouten der NATO-Truppen in Afghanistan, nachdem pakistanische Grenzposten bei einem Schusswechsel mit Amerikanern getötet wurden. Sie verfolgten auf afghanischem Gebiet Terroristen, als sie unter Beschuss gerieten. Pakistan forderte eine uneingeschränkte Entschuldigung des Weißen Hauses, obgleich unklar blieb, wer den ersten Schuss abgab. Monatlang vermochten weder Krisendiplomatie noch Milliar-

denangebote an Militärhilfen Pakistan an den Verhandlungstisch zurückzubewegen. Erst im Juli 2012 wurde die Route wieder geöffnet, nachdem sich Hillary Clinton schriftlich entschuldigt hatte. Auch damals nahm Pakistan für eine internationale Großkrisen, in der es um die Ehre ging, hohe Kosten in Kauf.

### Zum Autor



Thomas K. Gugler studierte Indologie, Religionswissenschaft und Psychologie an der LMU München und wurde am Lehrstuhl für Islamwissenschaft an

der Universität Erfurt promoviert. Zuletzt arbeitete im Forschungsverbund Normative Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt/Main.

### Endnoten

- <sup>1</sup> Jürgen Schaflechner: Blasphemy and the appropriation of vigilante justice in 'hagiographic' writing in Pakistan, in: Paul Rollier et al. (Hg.): *Outrage: The Rise of Religious Offence in Contemporary South Asia*. London: UCL Press, 2019, S. 208-235.
- <sup>2</sup> Aḥmad Riḍā Ḥān: *Tamhīd al-Imān*. Barkati Publishers, Karachi [1908], S. 6 und 8, 2003.
- <sup>3</sup> Essayistischer Überblick über die Sufibilder des Staates, Radikaler und der Popkultur bei Nadeem Farooq Paracha: *Soul Rivals: State, Militant and Pop Sufism in Pakistan*. Vanguard, Lahore, 2020.
- <sup>4</sup> Itzchak Weismann und Jamal Malik (Hg.): *Culture of Da'wa: Islamic Preaching in the Modern World*. The University of Utah Press, Salt Lake City, 2020.
- <sup>5</sup> Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief, Asma Jahangir, and the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, Doudou Diène, *Implementation of General Assembly Resolution 60/251 of 15 March 2006 entitled „Human Rights Council“, UN-Dokument A/HRC/2/3, S. 10.*